



Magdeburger Appell: Demokratie heißt Hinsehen und Gesicht zeigen!

Jeder Mensch in einer demokratischen Gesellschaft hat das gleiche Recht auf freie Entfaltung. Das Gleichheitsprinzip ist in Deutschland über Art. 3 im Grundgesetz fest verankert. Rechte Ideologien erkennen dieses grundlegende Prinzip nicht an und wollen es gewaltsam außer Kraft setzen. Dies darf die demokratische Mehrheit im Land nicht zulassen!

Im Jahr 2006 gab es in Deutschland rund 18.000 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten. Viele Menschen können sich im öffentlichen Raum nicht mehr frei bewegen, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, verbal oder körperlich bedroht zu werden.

Rechte Gruppierungen treten aber nicht nur durch Straftaten auf. Die "klassischen" Aufgaben der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege werden in immer stärkerem Maße systematisch von Gruppen und Menschen mit rechtem Gedankengut besetzt. Durch das Unterwandern von zivilgesellschaftlichen Strukturen droht rechtes Gedankengut in besonderem Maße gesellschaftsfähig zu werden.

Die AWO erfüllt diese Entwicklungen mit großer Sorge.

Die Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind seit 1919 für die AWO unumstößlich und Kompass ihres Handelns:

- Solidarität bedeutet, über Rechtsverpflichtungen hinaus durch praktisches Handeln füreinander einzustehen.
- Toleranz bedeutet nicht nur, andere Denk- und Verhaltensweisen zu dulden, sondern sich dafür einzusetzen, dass Menschen sich frei äußern können, in ihrer Religion und Weltanschauung nicht eingeschränkt werden und so leben können, wie sie es für angemessen halten. Es gelten die in unserer Verfassung festgeschriebenen Grundrechte.
- Freiheit ist die Freiheit eines jeden, auch des Andersdenkenden.
- Gleichheit gründet in der gleichen Würde aller Menschen.
- Gerechtigkeit fordert einen Ausgleich in der Verteilung von Arbeit und Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.

Rechte Ideologien dagegen propagieren:

- Eine Betonung des Recht des Stärkeren.
- Eine nationalistische Überhöhung der eigenen Nation.
- Ein totalitäres Normverständnis.
- Eine rassistische Dominanzkultur.

Jedes dieser Elemente ist antidemokratisch. Im Kontext diesen Gedankenguts werden Menschen ausgegrenzt, verachtet, missachtet und auch gewaltsam angegriffen. Dies steht im krasen Gegensatz zu Werten wie Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und zerstört bewusst ein demokratisches Miteinander in Deutschland.

Alle Demokratinnen und Demokraten in Deutschland sind deshalb gefordert und aufgefordert, gemeinsam und selbstbewusst für demokratische Grundwerte einzutreten und rechtsextreme Gefahren zu bekämpfen. Die AWO beteiligt sich an örtlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus.

Seit Jahrzehnten setzt sich die AWO für die Rechte von Minderheiten ein und leistet mit den zahlreichen Einrichtungen vor Ort gute Integrationsarbeit. Diese Arbeit und die Früchte dieser Arbeit dürfen nicht durch das dreiste Handeln ideologisch verblendeter, unsolidarischer, intoleranter und freiheitswidriger Gruppierungen in Gefahr gebracht werden.

Die AWO-Bundeskonferenz fordert alle Verbandsgliederungen auf, auch in Zukunft vehement gegen die Unterwanderung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch Personen und Gruppierungen mit rechtem Gedankengut einzutreten und zugleich die engagierte Integrationsarbeit auf allen Verbandsebenen fortzusetzen.